

Dass Schwangerschaftsabbrüche unter bestimmten Bedingungen nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden, sichert nicht das Recht auf Abtreibung. Es bleiben die moralischen, ökonomischen und rechtlichen Hürden bestehen, die einem freien Zugang zu Abtreibungen im Weg stehen.

Solange Abtreibungen immer noch ein gesellschaftliches Tabuthema sind, haben es Abtreibungsgegner_innen leicht, den Zugang zu Abtreibungen zu erschweren. Europaweit vernetzen sich immer mehr konservative und rechtspopulistische Parteien und Organisationen wie „Pro Life Europe“ mit dem Ziel auf EU-Ebene ein absolutes Abtreibungsverbot durchzusetzen.

Tatsache ist, dass ein Verbot nicht die Zahl der Abbrüche senkt, sondern zu unsicheren, illegalisierten Abtreibungsversuchen und Abtreibungen im gleichen Ausmaß führt. Laut UNO sterben weltweit jedes Jahr ca. 65 000 Frauen bei solchen unsicheren Schwangerschaftsabbrüchen, 5 Millionen erleiden dabei vorübergehende oder permanente Behinderungen.

Ein jüngeres Beispiel für einen positiven Effekt der Legalisierung von Abtreibungen ist Nepal. Seit 2002 reduzierte sich dort die Sterblichkeit von Schwangeren und Gebärenden um fast die Hälfte.

Nach massiven Protesten im letzten Jahr in München, Münster und anderen Städten wurde der „1000-Kreuze-Marsch“ in Ulm dieses Jahr abgesagt. Das ist ein Erfolg unserer Aktionen!

Der freie Zugang zu Abtreibungen ist ein wichtiges Element der uneingeschränkten Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper. Das bedingungslose Recht auf Selbstbestimmung der Frauen ist Grundvoraussetzung für die Überwindung der heterosexistischen und repressiven Gesellschaftsordnung.

Wir rufen deshalb am 10.10.2009 in München auf zu wunderschönem, buntem und energischem Protest!

Gegen Patriarchat!
Gegen Heterosexismus!
Gegen christlichen Fundamentalismus!

Fight sexism!

Für die Selbstbestimmung der Frau!
Für das Recht auf Abtreibung!

ProChoice München
Bündnis für das Recht auf Abtreibung

Unterstützer_innen
antifa nt

Antisexistisches Aktionsbündnis München asab_m
Autonome Antifa Innsbruck
daneben - subkultur für frauen
get rid!
Infoladen Salzburg
KOFRA e.V.
Ladyfest München
Linksjugend[solid] München
Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.
Sarah Diehl
SDAJ München

Anmerkung: Wenn wir in diesem Kontext von Frauen sprechen, beziehen wir uns auf die brüchige Kategorie eines „biologischen“ „Geschlechts“. Menschen werden nicht als Männer oder Frauen geboren. Sie sind den Zwängen des binären heterosexistischen Systems ausgesetzt, in dem sie einer sozialen Geschlechterrolle (gender) mit den jeweiligen speziellen Eigenschaften zugeordnet werden bzw. sich zuordnen.

MY BODY MY CHOICE

Abtreibung ist Frauenrecht

Demonstration
gegen Abtreibungsgegner_innen

10. Oktober 2009 /// 11 Uhr
Georg-Freundorfer-Platz München
(U4/U5 Schwanthalerhöhe)



ProChoice München
Bündnis für das Recht auf Abtreibung

MY BODY MY CHOICE

Immer noch stehen sie jeden Tag im Münchner Westend vor der Klinik, in der Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden.

Frauen werden von ihnen belästigt und eingeschüchtert.

Sich selbst nennen sie geradezu zynisch „Lebensschützer“.

Diese christlichen Fundamentalist_innen um „EuroProLife“ (im „Mutterhaus“, Westendstraße 78) mit ihrem Vorsitzenden Wolfgang Hering planen für den **10.10.2009** einen neuen „1000-Kreuze-Marsch“ durch München.

Sie wollen der „Kinder“ gedenken, die jedes Jahr in Deutschland abgetrieben werden. Für die Leben der „Mütter“ interessieren sie sich einen Dreck.

Der größte Teil der sog. „Lebensschützer“ kommt aus christlich-fundamentalistischen Kreisen.

Während die evangelische Amtskirche eine gesplittete Position zum Thema Abtreibung einnimmt, gilt die katholische Kirche als größter Unterstützer der Abtreibungsgegner_innen.

Zudem gibt es diverse andere Organisationen wie den Bund „Medizinstudenten für das Leben“, die „Europäische Ärzte Aktion“ und die „Juristische Vereinigung Lebensrecht“, die unter dem Deckmantel sachlich-neutraler Information „Lebensschützer“-Propaganda betreiben.

Ihr gemeinsamer Grundsatz ist ein bedingungsloses Abtreibungsverbot. Kein noch so krasser Fall rechtfertigt in ihren Augen einen „Eingriff in Gottes Plan“.

So sagte z.B. Anfang der 90er der Salzburger Erzbischof Georg Eder:

„Wird eine Frau nach einer Vergewaltigung schwanger, dann hat es ihr Spaß gemacht.“

Letztes Jahr „zelebrierten“ sie ihre reaktionäre, frauenfeindliche und heterosexistische Gedenkveranstaltung gemeinsam mit Neonazis.

Diese Allianz verwundert nicht, berücksichtigt mensch die oft völkisch-rassistische Argumentation der Abtreibungsgegner_innen, die Frauen als Gebärmaschinen betrachtet.

So schrieb der katholische Verein Kardinal-von-Galen-Kreis in einem offenen Brief an Innenminister Wolfgang Schäuble:

„Der Krieg gegen die Kinder bringt uns jährliche Menschenverluste, die in der Größenordnung des Russlandfeldzuges liegen. Diese Verluste werden durch Asylanten ausgeglichen.

Diese erhalten soziale Zuwendungen, die wir durch die Tötung deutscher Kinder eingespart haben, ein Teufelskreis, der mit der Vernichtung unseres Volkes endet.“

Abtreibungsgegner_innen gehen immer offensiver gegen Frauen vor, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen wollen. Ebenso gegen Ärzt_innen, die solche Eingriffe ausführen.¹ In Wien erwirkten sie die Schließung einer Klinik, in Deutschland gibt es bereits ganze Landstriche, in denen es keine Ärzt_innen gibt, die Abbrüche durchführen.

Wer beispielsweise in Passau an einer Klinik angestellt werden will, muss ein Dokument unterschreiben, das besagt, dass mensch keine Abbrüche vornehmen wird.

In den öffentlichen Debatten ist das Recht auf Abtreibung kaum mehr Thema.

Dass der Schwangerschaftsabbruch in der BRD immer noch eine Straftat darstellt, wird oft vergessen, da er unter bestimmten Umständen straffrei ist. Jede Frau, die einen solchen Eingriff straffrei vornehmen möchte, muss sich einer Zwangsberatung unterziehen.

Im Mai diesen Jahres wurde zudem mit den Stimmen großer Teile der Abgeordneten aller Parteien im Bundestag (mit Ausnahme der Partei DieLinke) die Verschärfung der §§ 218 und 219 StGB zu Schwangerschaftsabbrüchen beschlossen.

Frauen, die nach der 12. Schwangerschaftswoche einen Abbruch vornehmen lassen wollen, was bisher schon nur mit medizinischer Indikation – also unmittelbarer Gefährdung der körperlichen und/oder psychischen Gesundheit der Schwangeren – möglich war, müssen nun zwischen der Diagnose und der Ausstellung der medizinischen Indikation durch den Arzt mindestens 3 Tage warten. Die Wartezeit bedeutet für die Betroffenen drei Tage lang Ungewissheit, oft auch Angst, ob sie die Bescheinigung wirklich bekommen. Das wird von vielen Frauen wie eine Strafe empfunden.

Auch die ausstellenden Ärzt_innen können in dieser Zeit noch mal mit sich hadern, ob sie wirklich eine Indikation ausstellen möchten, denn nach dem neuen Gesetz drohen bei Verfahrensfehlern bis zu 5000 € Bußgeld.

Frauen sind nicht nur deshalb weit davon entfernt im vollen Maße die Kontrolle über ihre reproduktiven Fähigkeiten zu haben. Es ist sogar eher so, dass es immer weitere Rückschritte beim Selbstbestimmungsrecht der Frauen gibt. So werden z.B. Hartz4-Empfänger_innen keine Verhütungsmittel gezahlt.

Solange Frauen keinen freien Zugang zu Abtreibungen und Verhütungsmitteln haben, können sie keine Kontrolle über ihre reproduktiven Fähigkeiten erlangen und bleiben auch gerade hier den patriarchalen Gesellschaftsstrukturen ausgeliefert.

¹In den USA wird Klinikpersonal sogar regelmäßig mit dem Tod bedroht. Vor wenigen Monaten wurde der Arzt George Tiller, der Abtreibungen durchführte, von einem Abtreibungsgegner erschossen. So viel zur Selbstbezeichnung „Lebensschützer“. Hier wie dort schwindet die Zahl der Ärzt_innen, die bereit sind Abbrüche vorzunehmen, möglicherweise auch aus Angst vor Anfeindungen und Anschlägen durch fundamentalistische Abtreibungsgegner_innen.